

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Bremische Strategie zum Umgang mit Risiken der Erdölversorgung und steigenden Ölpreisen

Erdöl ist der wichtigste Rohstoff für die Weltwirtschaft. Über 90 Prozent des gesamten Automobil-, Schiffs-, und Flugverkehrs haben Erdöl als Grundlage. Erdöl ist Rohstoff für nahezu alle Kunststoffe, aus denen Verpackungen, Autos, Handys, Lackierungen und sogar Kleidung und Medikamente hergestellt werden. Selbst die Erzeugung von Lebensmitteln hängt in hohem Maß von Erdöl ab, insbesondere die Produktion von Düngemitteln für die konventionelle Landwirtschaft. Erdöl ist somit im konkreten, aber auch im übertragenen Sinn „Treibstoff“ für die globale Wirtschaft.

Der weltweite Verbrauch von Erdöl ist in den letzten Jahren auf neue Rekordwerte geklettert. Gleichzeitig erreichen wichtige Erdöl-exportierende Staaten das Maximum ihrer Fördermenge („Peak-Oil“) oder haben dies schon überschritten. Als Konsequenz konnte die weltweite Ölförderung in den letzten Jahren – trotz steigender Investitionen und höherer Nachfrage – nicht nennenswert vermehrt werden.

Das hat Auswirkungen auf die Preise: Der Ölpreis hat seinen bisherigen historischen Höchststand mit ca. 115 Dollar pro Barrel erreicht. Steigende Rohölpreise können schnell zu einer Stagnation und zu strukturellen Krisen der der Wirtschaft führen. Für ein rohstoffarmes Industrieland wie Deutschland hat diese Entwicklung enorme Auswirkungen, da über 90 Prozent des Erdöls und des Erdgases importiert werden müssen.

Bremen und Bremerhaven sind als Industrie- und Hafenstandorte eng in den Welt-handel integriert und davon abhängig. Versorgungs- und Preisrisiken beim Erdöl betreffen unsere Wirtschaft daher besonders. Im Jahr 2010 waren Mineralölprodukte mit einem Anteil von ca. 23 Prozent am Endenergieverbrauch wichtige Energieträger. Erdöl ist für viele Bremer und Bremerhavener Betriebe von existenzieller Bedeutung.

Aus mittel- und langfristiger wirtschaftlicher Sicht ist es nötig, die Debatte um die beschriebenen Risiken jetzt sachlich und konstruktiv zu beginnen. Darauf aufbauend sind Maßnahmen zu ergreifen, die die Preis- und Versorgungsrisiken bei der Erdölversorgung mindern und so die Widerstandsfähigkeit der bremischen Wirtschaft stärken.

Für die Bundesländer Sachsen und Thüringen liegen bereits Studien vor, die aufzeigen, wie stark die Wirtschaft in diesen Ländern vom Erdöl abhängt und auf welchen Handlungsebenen Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen steigende Ölpreise und Versorgungsrisiken getroffen werden können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hat sich der Verbrauch an Erdöl im Land Bremen in den letzten fünf Jahren entwickelt?
2. Wie hoch ist im Land Bremen der Anteil von Erdöl am Endenergieverbrauch?
3. Wie teilt sich der Verbrauch auf die Bereiche Haushalte, Verkehr und Industrie und Gewerbe auf?
4. Wie beurteilt der Senat die Betroffenheit der privaten Haushalte von steigenden Erdölpreisen, z. B. im Hinblick auf steigende Heizkosten, Mobilitätskosten, Preise für Verpackungsmaterialien, Medikamente und Lebensmittel?
5. Inwieweit ist in den letzten Jahren eine Entkopplung vom Erdölverbrauch und der wirtschaftlichen Entwicklung feststellbar?
6. Welche Bedeutung hat Erdöl und dessen Preisentwicklung für die weitere Entwicklung der bremischen Häfen sowie die damit verbundenen Verkehre?
7. Welche Prognosen für die Entwicklung des Ölpreises liegen den Prognosen für die Entwicklung der Häfen sowie der Logistikbranche zu Grunde? Gibt es dazu verschiedene Szenarien? Ab welchem Preis wäre mit einem negativen Einfluss auf die Entwicklung der Häfen zu rechnen?
8. Welche Teile von Industrie und Gewerbe im Land Bremen sind von Verteuerungen des Erdöls besonders betroffen und welchen Stellenwert haben diese Unternehmen für die wirtschaftliche Entwicklung und den Arbeitsmarkt im Land Bremen.
9. Welche Bedeutung hat die Entwicklung des Benzinpreises auf den Pendlerverkehr?
10. Welche Prognosen für die Entwicklung des Benzinpreises liegen dem Verkehrsentwicklungsplan, insbesondere dem Szenario 5 („Steigende Mobilitätskosten“) zu Grunde? Wie sensibel sind die Verkehrsprognosen hinsichtlich stärker steigender Preise für fossile Treibstoffe?
11. Unter welchen Bedingungen sind alternative Antriebe und Treibstoffe wie Erdgas, Flüssiggas und Elektromotoren hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit konkurrenzfähig?
12. Für welche Verbrauchsbereiche und welche konkreten Anwendungen sind aus Sicht des Senats schon heute geeignete Ersatzmöglichkeiten vorhanden? Wie schnell und in welchen Mengen wären sie für die bremische Wirtschaft verfügbar?
13. In welchen Bereichen ist auch längerfristig kein wirtschaftlicher Ersatz für Erdöl absehbar und welche Bedeutung haben diese Bereiche für das Land Bremen?
14. Inwieweit und mit welchem Ergebnis fördert der Senat den Ersatz von Erdöl in den Bereichen öffentliche Gebäude, private Haushalte, Verkehr, Industrie und Gewerbe?
15. Welche Chancen und komparativen Vorteile können sich für die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven aus der Verteuerung des Erdöls ergeben?

16. Wie bewertet der Senat die oben genannten Studien der Bundeswehr bzw. für die Länder Sachsen und Thüringen im Hinblick auf die Folgen für das Land Bremen, insbesondere die bremische Wirtschaft?

Dr. Anne Schierenbeck, Ralph Saxe, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Björn Tschöpe
und die Fraktion der SPD